

## PRESSEMITTEILUNG

27. September 2010

### **Kürzungen durch die Hintertür?**

Ohne Beteiligung der Gremien wurde der Förderfonds für Bezirke gekürzt

Der Förderfonds für Bezirke ist ein Anreizsystem, mit dem nach verschiedenen Bereichen gegliedert Mittel in der Höhe von 5,5 Millionen Euro pro Jahr für die Bezirke bereitgestellt werden. Der Wandsbeker Anteil wird im Ausschuss für Finanzen und Kultur der Bezirksversammlung nach Beratungen vergeben.

Jetzt wurde dieser Fonds um rund ein Fünftel gekürzt, ohne dass der zuständige Ausschuss dazu angehört wurde, lediglich in einer Verwaltungsmitteilung wurde darauf hingewiesen. Thomas Ritzenhoff, Vorsitzender der SPD-Bezirksfraktion in Wandsbek dazu: „Durch die Hintertür werden den Bezirken hier zusätzlich zu den Einsparungen durch den Senat noch einmal Mittel gekürzt und das erneut ohne Beteiligung der Gremien.“ Es scheint sich im Umgang mit den Bezirksversammlungen einzubürgern, dass ihre Beteiligungsrechte nicht beachtet werden, auch hier zeigt sich die fehlende Transparenz und Bürgernähe des Hamburger Senates.

Durch die am Mittwoch vorgestellte Sparliste des Senates ist der Förderfonds für Bezirke erneut von Einsparungen betroffen, pro Jahr sollen weitere rund 2,2 Millionen Euro weniger zur Verfügung stehen. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass diese Mittel vielfach vom Ausschuss Finanzen und Kultur genutzt worden sind um auch öffentliche Projekte finanziell zu unterstützen. Thomas Ritzenhoff weiter: „Hier trifft es die Bezirksverwaltungen in doppelter Hinsicht, über den Förderfonds wurden oftmals auch Planungsfehler der Verwaltung ausgeglichen.“

Diese Planungsfehler könnten sich mit dem zu erbringenden Konsolidierungsbeitrag häufen. Schon jetzt ist eine Termin- und Personalengpass geschaffen worden, die eine Beteiligung der Bezirke fast ausschließen – dieser Druck dürfte sich durch die jetzt geplante Straffung und Neukonzeption behördlicher Abläufe noch verschärfen. Dazu Ortwin Schuchardt, finanzpolitischer Sprecher der SPD-Bezirksfraktion: „Man muss sich fragen, ob die Bezirksämter zukünftig in der Lage sein werden, ihren originären Aufgaben noch gerecht zu werden.“